

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales

Herrn
Bernd Petelkau

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 03.12.2018

AN/1780/2018

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	10.12.2018

Umsetzung des Ratsbeschlusses „Jobrad für städtische Beamte und Beschäftigte,,

Sehr geehrter Herr Petelkau,

die o. g. Fraktionen bitten Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 10.12.2018 zu setzen:

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 05. Juli 2018 zu Top 3.1.3 folgenden Beschluss gefasst:

Der Rat der Stadt befürwortet im Rahmen der Leitziele von „Köln mobil 2025“ den Umstieg für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf die Nutzung von Fahrrädern zu fördern, in dem zukünftig Dienstfahrräder mit der Option zur privaten Nutzung geleast werden können. Dazu sollen die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen durch folgende Schritte geschaffen werden:

- 1. Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, die notwendigen Schritte für eine Änderung des Landesbesoldungsrechts einzuleiten, um eine Entgeltumwandlung zum Zwecke des Leasings von Diensträdern durch kommunale Beamte zu ermöglichen und sich für eine entsprechende Anpassung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) für kommunale Beschäftigte einzusetzen.*
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie auf der Grundlage des Günstigkeitsprinzips nach § 4 Abs. 3 Tarifvertragsgesetz (TVG) bereits jetzt ein geeignetes Job-Rad-Leasing-Modell für städtische Beschäftigte ermöglicht werden kann. Der Abschluss eines entsprechenden Rahmenvertrages für das Leasing von*

Diensträdern ist vorzubereiten, in den auch Beamte einbezogen werden können, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen wurden.

Vor dem geschilderten Hintergrund fragen wir:

1. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung ergriffen, um den oben zitierten Ratsbeschluss umzusetzen?
2. Wie haben die Landesregierung sowie die angesprochenen Tarifparteien auf die Forderung des Rates der Stadt Köln reagiert?
3. Welchen Stand haben die beauftragte Prüfung sowie die Vorbereitung eines Rahmenvertrages für das Leasing von Diensträdern erreicht?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer